

## **K4** Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

### Antragstext

#### 1 4. Freies Berlin!

##### 2 4.1. Alles Berlinerinnen und Berliner

##### 3 Vielfalt – Partizipation – Religion

4 Berlin ist weltweites Sinnbild für Freiheit, Offenheit und Toleranz. Die Berlinerinnen und  
5 Berliner haben es gemeinsam geschafft, die Mauer einzureißen. Das prägt das Lebensgefühl der  
6 Stadt und macht sie so anziehend. Jede\*r zweite Mensch, der in Berlin lebt, ist in die  
7 Hauptstadt gezogen. Jede\*r vierte Mensch hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Miteinander  
8 leben wir eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung. Die Anerkennung unseres Grundgesetzes  
9 und das Recht jeder Person, sich frei zu entfalten, sind die Grundlage für unser friedliches  
10 Zusammenleben in Vielfalt. So können wir alle unseren Traum von Berlin leben.

11 Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern: den Karneval der Kulturen  
12 erhalten, die hervorragende Arbeit der Stadtteilmütter sichern, die Initiativen und  
13 Organisationen von Migrant\*innen unterstützen und vieles mehr. Vielfalt im Alltag sichtbar  
14 zu machen heißt auch, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst  
15 einzustellen, gerade in den Berliner Polizeidienst. Der Wissens- und Talentschatz der vielen  
16 Menschen, die nach Berlin kommen, liegt brach. Wir wollen ihn heben: Abschlüsse  
17 unkompliziert anerkennen, Wege in den Arbeitsmarkt öffnen und die migrantische Ökonomie  
18 stärken. Und wir sorgen dafür, dass es endlich wieder eine\*n unabhängige\*n  
19 Integrationsbeauftragte\*n gibt.

20 Noch immer sind Menschen mit Migrationshintergrund strukturell benachteiligt und  
21 Diskriminierung ausgesetzt: Sie haben schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss  
22 oder auf eine Wohnung und erleben auch Nachteile bei der Gesundheitsversorgung. Wir sind  
23 alle Berlinerinnen und Berliner. Wir Grünen wollen ein Antidiskriminierungsgesetz einführen,  
24 das die Gleichbehandlung aller sicherstellt.

25 In Berlin sollen alle Menschen nach ihrer Fassung selig werden. Religionsfreiheit bedeutet  
26 für uns nicht, Religion so weit wie möglich ins Private und in die Hinterhöfe zu verbannen.  
27 Im Gegenteil: Wir wünschen uns, dass sich Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften am  
28 gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Seelsorge auch in  
29 Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. Zugleich wollen wir gemeinsam weiter daran  
30 arbeiten, das Wahlfach Religion besser in den Stundenplan einzubeziehen und das Pflichtfach  
31 Ethik weiter zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, einen Lehrstuhl für islamische  
32 Theologie in Berlin einzurichten. Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen  
33 Dialog darüber, wie wir die Staatsleistungen ablösen können, die Berlin seit der  
34 Säkularisierung jedes Jahr an die Kirchen zahlt.

##### 35 4.2. Hauptstadt der Kultur und Kreativen

##### 36 Kultur – Medien – Clubkultur/Kreativwirtschaft

37 Ob Musik, Theater, Tanz, ob Film und Literatur oder bildende Kunst: Berlin ist  
38 Weltkulturstadt und Magnet für Kulturschaffende wie Besucher\*innen. Um diese Lebendigkeit

39 und Vielfalt werden wir beneidet. Die Berliner Mischung aus renommierten Kultureinrichtungen  
40 und freier Szene ist einzigartig. Damit das in einer wachsenden Stadt so bleibt, muss  
41 Politik Freiräume für Kunst und Kreativität erhalten. Zu ihren Kernaufgaben gehört eine neue  
42 Liegenschaftspolitik. Wir wollen einen Teil der öffentlichen Liegenschaften grundsätzlich  
43 für Kultur vorhalten und dazu ein öffentliches Kulturkataster erstellen. Mit Hilfe einer  
44 Agentur, die vermittelt, ermöglichen wir, dass Räume auch temporär für Kunst und Kultur  
45 genutzt werden können.

46 Berlin ist international berühmt für seine Clubkultur. Sie ist typischer Teil der urbanen  
47 Vielfalt und bedeutender Wirtschaftsfaktor. Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur  
48 erhalten, Standorte sichern und bei Konflikten mit Anwohner\*innen für einen fairen  
49 Interessenausgleich sorgen.

50 Gute Kultur gibt es nur, wenn sich die Lebens- und Arbeitssituation der Künstler\*innen  
51 verbessert. Wir machen uns für generelle Honoraruntergrenzen bei der öffentlichen  
52 Kulturförderung und für angemessene Tarifabschlüsse stark. Der Mindestlohn muss auch für  
53 Kultur- und Medienschaffende gelten.

54 Insbesondere für die freie Szene ist ein Zuwachs der Mittel - zum Beispiel aus der City-Tax  
55 - längst überfällig. Wir überarbeiten die Förderstrukturen und richten sie neu aus. So  
56 stärken wir beispielsweise Ankerinstitutionen, an denen die freie Szene projektbezogen  
57 andocken kann. Teile des ehemaligen Flughafengebäudes in Tempelhof wollen wir langfristig zu  
58 einem Kultur- und Kreativhafen umbauen, in dem Proberäume, Studios und Künstlerateliers  
59 ebenso Platz finden wie Film- und TV-Produktionsfirmen, Startups oder  
60 Forschungsreinrichtungen aus dem Kreativbereich.

61 Berlins Stadtteilbibliotheken wollen wir erhalten, die Zentral- und Landesbibliothek an  
62 einem Standort vereinen und die Gedenkstättenpolitik aufgrund steigender  
63 Besucher\*innenzahlen zusammen mit dem Bund neu ausrichten. Um EU-Fördermittel besser  
64 einwerben zu können, stellen wir mehr Mittel zur Kofinanzierung bereit. Den  
65 Hauptstadtkulturfonds wollen wir bei den Regelförderungen entlasten, einen zusätzlichen  
66 Festivalfonds schaffen und Literatur noch gezielter fördern.

67 Berlin soll ein Medienstandort des 21. Jahrhunderts werden. Immer öfter ziehen Verlage und  
68 Sender mit ihren Redaktionen in unsere Stadt, immer mehr Filme, Serien und Dokumentationen  
69 werden hier produziert. Wir wollen die crossmediale Medienpolitik für unsere Stadt stärken.  
70 Das bedeutet, den digitalen Aufbruch ernst zu nehmen und als Chance zu betrachten, egal ob  
71 für Zeitungen, Radio, Fernsehen oder neue Medien. Wir streiten für Medien-Startups genauso  
72 wie für eine Stärkung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und der Medienanstalt Berlin-  
73 Brandenburg. Die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir weiter  
74 vorantreiben.

#### 75 4.3. Geschlechter? Gerechtigkeit!

##### 76 Frauen – Gleichstellung – Queer

77 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen können.  
78 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, Lohngerechtigkeit, gleiche  
79 Berufschancen, Unabhängigkeit und sexuelle Selbstbestimmung sind Werte, die unseren Weg  
80 bestimmen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach aber noch ein uneingelöstes  
81 Versprechen. Grüne Berlin-Politik steht für konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-  
82 Budgeting. Das heißt: Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die  
83 Lebenssituation und Interessen aller berücksichtigen. Und: Wir setzen uns dafür ein, dass  
84 Gleichstellung sich auch im Haushaltplan als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt.  
85 Die landeseigenen Unternehmen und den Öffentlichen Dienst werden wir zum Vorbild für gleiche  
86 Chancen und gerechte Entlohnung machen. Damit Ungerechtigkeiten abgebaut werden, setzen wir

87 uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein. Damit Frauen frei wählen können, wo  
88 sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu.

89 Wir Grüne bekennen uns klar zur Ehe für alle. Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte.  
90 Berlin muss bei der Öffnung der Ehe eine Vorreiterrolle einnehmen und darf nicht wie der  
91 rot-schwarze Senat durch seine Enthaltung im Bundesrat das Gegenteil bewirken. Um die  
92 Benachteiligung queerer Menschen in Berlin weiter abzubauen, verankern wir das Thema künftig  
93 fest im Lehrplan der Berliner Schulen und entwickeln die „Initiative Sexuelle Vielfalt“  
94 weiter – vor allem mit Blick auf die Arbeitswelt, ältere Menschen und Geflüchtete. In Berlin  
95 darf niemand diskriminiert werden. Jede\*r hat einen Platz, unabhängig vom Geschlecht oder  
96 der sexuellen Identität.

97 Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Das hat mit überkommenen  
98 Geschlechterrollen zu tun sowie mit der Verharmlosung von Alltagssexismus. Beim Schutz vor  
99 sexualisierter und häuslicher Gewalt kann Berlin deutlich mehr tun: In den meisten  
100 Bundesländern gibt es bereits die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung. Berlin ist  
101 Schlusslicht. Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser und ein  
102 flächendeckendes und kultursensibles Angebot, das die Rechte der Opfer stärkt. Gerade um die  
103 Ausbeutung ausländischer Zwangsprostituiertes zu bekämpfen, wollen wir sie vor Gericht  
104 stärken. Zudem werden wir einen Runden Tisch Sexarbeit einrichten, um den Dialog mit allen  
105 Beteiligten zu führen. Sexismus hat in Berlin keinen Platz. Auch sexistische Werbung wollen  
106 wir schon in den Verträgen, die das Land Berlin oder seine Unternehmen machen, nach  
107 österreichischem Vorbild ausschließen.

#### 108 4.4. Offene Gesellschaft verteidigen

109 Bürger\*innenrechte – Justiz – Drogenpolitik – Gegen Rechts – Sicherheit

110 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger\*innenrechte. Wir  
111 teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer  
112 schärfere Maßnahmen eine Absage. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit. Wir setzen auf  
113 Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Der Schutz unserer Grundrechte steht an  
114 oberster Stelle. Auch öffentliche Sicherheit ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit.  
115 Angsträume, gerade für Frauen, sind inakzeptabel. Wir wollen, dass sich alle Berliner\*innen  
116 bei sich zu Hause und in der ganzen Stadt sicher fühlen.

117 Unser Leitbild ist eine bürgernahe Polizei. Wir wissen um die herausfordernde Arbeit der  
118 Berliner Polizist\*innen. Und auch, dass nur eine gut ausgestattete Polizei in der Lage ist,  
119 Straftaten schnell aufzuklären und Gefahren abzuwehren. Berlin braucht aber auch eine  
120 unabhängige Beschwerdestelle für Konflikte mit und innerhalb der Polizei. Die Ausstattung  
121 der Ambulanz- und Rettungsdienste wollen wir verbessern, damit im Notfall die Hilfe schnell  
122 bei den Menschen ist.

123 Eine freie und unabhängige Justiz ist der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Hier beheben  
124 wir den Personalmangel, um wieder angemessene Verfahrenszeiten zu erreichen. In den Berliner  
125 Gefängnissen rücken wir die Resozialisierung wieder stärker in den Vordergrund.  
126 Gefängnisinsass\*innen wollen wir den Zugang zum Internet ermöglichen und Maßnahmen wie  
127 „Arbeit statt Strafe“ ausbauen.

128 Der Berliner Verfassungsschutz ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen Teile der Aufgaben an  
129 andere Behörden oder Einrichtungen übertragen und das System der V-Leute abschaffen. Der  
130 beste Schutz für unser Grundgesetz ist eine lebendige und couragierte Zivilgesellschaft.

131 Auch in Berlin steigt die Bedrohung durch Rechtsextreme und radikale Islamisten. Egal in  
132 wessen Namen: Bei uns haben Gewalt und Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Zivilcourage und  
133 politische Bildung, Prävention, eine weltoffene Großstadtpolizei und moderne

134 Sicherheitskonzepte sind dabei die wesentlichen Säulen. Die Arbeit der vielen  
135 zivilgesellschaftlichen Gruppen schätzen und fördern wir.

136 Neue Wege werden wir in der Drogenpolitik gehen. Gerade für junge Menschen müssen wir die  
137 Drogenprävention stärken. Aber die strafrechtliche Verfolgung des Cannabis-Konsums halten  
138 wir für falsch und faktisch gescheitert. Wir wollen – soweit in Berlin rechtlich möglich –  
139 eine Legalisierung des Cannabis-Konsums für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt  
140 austrocknen stärken wir gleichzeitig den Jugend- und Gesundheitsschutz.

#### 141 4.5. Berlin digital

##### 142 Digitalisierung – Netzpolitik – Datenschutz

143 Berlin und der digitale Aufbruch waren bisher eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen:  
144 mit einer öffentlichen Verwaltung, die noch immer auf Windows XP angewiesen ist, und einer  
145 Stadt, der seit bald zehn Jahren öffentliches W-LAN versprochen, aber nicht eingeführt wird.  
146 Dabei lebt Berlin am digitalen Puls, viele Startups entstehen in unserer Stadt,  
147 Gründer\*innen treiben die Digitalisierung unserer privaten Kommunikation und Arbeitswelt  
148 voran.

149 Digitale Chancen nutzen heißt, in Berlin das Thema digitaler Wandel anzugehen. Die  
150 Veränderungen, die damit verbunden sind, sind in ihrem Ausmaß aktuell kaum abschätzbar,  
151 weder für die Wirtschaft, die Bildungslandschaft, noch für unsere Demokratie. Wir wollen die  
152 digitale Zukunft unserer Stadt langfristig gestalten, statt auf kurzfristige Trends  
153 aufzuspringen. Wir schaffen eine Koordinierungsstelle im Senat, die den digitalen Aufbruch  
154 politisch steuert und die einsamen Pilotprojekte der einzelnen Senatsverwaltungen  
155 zusammenführt, vernetzt und massiv ausbaut. Und wir stärken gezielt  
156 Wissenschaftseinrichtungen, die themenübergreifend den digitalen Wandel erforschen. Wir  
157 wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen  
158 und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen. Dafür werden wir  
159 mit bestehenden Initiativen verstärkt zusammenarbeiten, auch um ihre Erfahrungen zu nutzen.

160 Berlin braucht schnell eine IT-Strategie für die Verwaltung mit vorausschauender Planung und  
161 einem zentral koordinierten Controlling. Grundlage muss zukünftig Open-Source-Software sein  
162 – sie schafft Unabhängigkeit, Sicherheit und eine größere Flexibilität. Der digitale  
163 Aufbruch in der Berliner Verwaltung ist eine Mammutaufgabe, er ist aber zentral, um das  
164 bisherige Chaos zu überwinden und wieder mehr Service, Effektivität und Transparenz zu  
165 erreichen.

166 Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist wichtig, um an einer  
167 digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber  
168 eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der  
169 technologischen Entwicklung umfassender in Schulen vermitteln und Fähigkeiten wie  
170 Programmieren unterrichten. Gewalt wie Hate Speech und Mobbing im Internet akzeptieren wir  
171 nicht. Bilder von sexuellem Missbrauch an Kindern über das Internet zu verbreiten ist eine  
172 Straftat, die wir verfolgen werden. Wir wollen die Staatsanwaltschaften stärken und  
173 fortbilden und ein stärkeres Bewusstsein für diese Themen schaffen.

174 Selbstbestimmung hängt auch vom Umgang mit unseren Daten ab. Datenschutz ist wichtiger denn  
175 je. Wir wollen jede und jeden Einzelnen vor Missbrauch schützen. Daher werden wir die  
176 Datenschutzaufsicht in Berlin personell aufstocken. Verwaltung und Unternehmen müssen  
177 stärker sensibilisiert werden. Gerade für die Sicherheitsbehörden muss gelten: Nicht alles  
178 was technisch möglich ist, darf auch umgesetzt werden. Wir lehnen anlasslose Speicherorgien  
179 wie bei der Vorratsdatenspeicherung und der Funkzellenabfrage ab und wollen die  
180 Videoüberwachung öffentlicher Räume nicht ausweiten. Mit uns bleibt Berlin die Stadt der  
181 Freiheit.